



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen II/60/600/Ma

Wolfenbüttel, den 25.11.2022

Protokoll

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Montag, 21.11.2022
Sitzungsbeginn:	18:33 Uhr
Sitzungsende:	20:49 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Ordentliche Mitglieder

Bosse, Marcus	SPD, stellv. Vorsitzender
Emmerich, Peter	CDU
Ganzauer, Oliver	SPD, Kreistagsvorsitzender
Grabenhorst-Quidde, Sarah	CDU
Graf, Frank	SPD
Kamphenkel, Marcel	SPD, Vertreter von Malte Scheffler
Löhr, Norbert	CDU, Vorsitzender
Pröttel, Leonhard	Bündnis 90/Die Grünen
Schäfer, Uwe	CDU, Vertreter von Uwe Lagosky
Stuhlweißenburg-Siemens, Ulrike	Bündnis 90/Die Grünen

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Bäumann, Andreas	AfD, Videoteilnahme
Fischer, Wolfgang, Dr.	dieBasis LV Niedersachsen, Videoteilnahme
Weitemeier, Max	FDP, Videoteilnahme

Beratende Mitglieder

Hintze, Hannah	SPD, Videoteilnahme
Meyer, Rolf	ADFC, Videoteilnahme
Nagel, Hilmar	Bündnis 90/Die Grünen
Nölcke, Gerd	CDU

Von der Verwaltung

Steinbrügge, Christiana	Landrätin
Volkers, Sven	Dezernent II
Eß, Kristina	Leiterin des Amtes 64 - Umwelt
Pahlitzsch, Claus	Leiter des Referates 02 – Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Leiter der Abteilung 602 – Bauaufsicht und Denkmalschutz
Maier, Susanne	Abteilung 600 – Bauverwaltung und Immissionsschutz, Protokollführerin

Es fehlen:

Kloke, Paul	SPD
Lagosky, Uwe	CDU
Meurer, Tobias	SPD
Scheffler, Malte	SPD
Schwetje, Gerhard	Kreislandwirt
Tönnies, Christian	CDU

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft vom 29.08.2022 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
- 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
- 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Relevante Änderungen für den Landkreis Wolfenbüttel und die Gemeinden aus der Klimaschutzgesetzgebung; hier: Bericht der Verwaltung
7. Bereitstellung von Mitteln für einen Kofinanzierungspool der zukünftigen LEADER-Region Elm-Schunter
Vorlage: XIX-0213/2022
8. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2023 (Die Vorlage wird mit der Einladung für den Jugendhilfeausschuss übersandt - hier als Anlage: Teilhaushalte 60 und 64); hier: Hinweise zu den Teilhaushalten 60 und 64

Vorlage: XIX-0204/2022

9. Vorstellung des Hochwasser-Warnsystems; hier: Bericht der Verwaltung
 10. Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II; hier: Bericht der Verwaltung
 11. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
 12. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Um 18:33 Uhr eröffnet Herr Löhr die 5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft des XIX. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Herr Löhr stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Herr Löhr fragt, ob Änderungen/Ergänzungen zur Tagesordnung beantragt werden.

Es werden keine Änderungen oder Ergänzungen beantragt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung der 5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft wird genehmigt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft vom 29.08.2022 (§§ 23, 5d GO)

Herr Löhr ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft einstimmig mit 3 Enthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift der 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Herr Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen.

Da keine Fragen gestellt werden, schließt Herr Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Herr Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bosse möchte den Sachstand bezüglich der Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen in den einzelnen Vorrangstandorten im Landkreis Wolfenbüttel wissen. Darüber hinaus erkundigt er sich nach dem Sachstand der Genehmigungen für Photovoltaikanlagen in der Fläche.

Herr Volkers teilt mit, dass der Sachstand in Bezug auf die Windenergieanlagen dem Protokoll beigefügt werde und dass Ausführungen zu Photovoltaikanlagen in der Fläche bei Tagesordnungspunkt 6 – Relevante Änderungen für den Landkreis Wolfenbüttel und die Gemeinden aus der Klimaschutzgesetzgebung – gemacht werden würden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Antwort zu der Frage nach dem Sachstand der Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen im Landkreis Wolfenbüttel ist als Anlage 1 beigefügt.

Herr Bäumann fragt in Bezug auf möglicherweise auftretende Blackouts, wie die Planungen seien, die Bevölkerung entsprechend zu schützen.

Frau Steinbrügge erläutert, dass dieses Thema im dafür zuständigen Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit behandelt werden würde.

Herr Nagel erkundigt sich nach dem Sachstand des Projektes „Umwandlung kreiseigener Grünflächen in Biodiversitätsflächen zum Erhalt und zur Vermehrung der Artenvielfalt“.

Herr Volkers antwortet, dass alle bis auf eine in dem im Rahmen dieses Projektes erstellten Gutachtens enthaltenen Flächen im Jahr 2021 umgesetzt worden seien. Lediglich die Fläche beim Straßenverkehrsamt sei noch nicht umgesetzt worden aufgrund der Planung eines ggf. erfolgenden Neubaus.

Weiterhin hat Herr Nagel noch eine Frage zum Beteiligungsverfahren der Naturschutzverbände zum Antrag auf Befreiung nach § 10 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Asse“ (LSG-Verordnung „Asse“) von den Verboten der Schutzgebietsverordnung für die Abteufung der Erkundungsbohrung Remlingen 18 durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Er möchte wissen, warum die Antragsunterlagen des Antragsstellers, der BGE, nach den erforderlichen umfassenden Nachbesserungen, aufgrund der Stellungnahme durch die Untere Naturschutzbehörde (UNB), nicht zur Beteiligung an die Naturschutzverbände gegeben, worden seien, um die Voraussetzungen für eine naturschutzrechtliche Befreiung zu prüfen.

Herr Volkers erklärt, dass die geänderten Antragsunterlagen aufgrund der erfolgten umfangreichen Einwendungen noch nicht vorliegen würden. Es habe inzwischen ein Abstimmungsgespräch vor Ort zwischen der BGE und der UNB über die von der BGE vorgesehenen Umplanungen stattgefunden. Am 15.12.2022 sei in dieser Angelegenheit noch ein Gespräch mit verschiedenen Umweltverbänden vorgesehen, um den Sachstand zu erläutern und die Einbindung der Verbände zu verbessern.

Herr Bäumann fragt, warum es von Seiten des Landkreises Wolfenbüttel keine Förderung für Balkonsolarkraftwerke gebe.

Herr Volkers antwortet, dass die Förderung für Solaranlagen zum März ausgelaufen sei. Dieses Thema werde im Rahmen der Neuausrichtung der Förderung von Klimaschutzmaßnahmen noch einmal diskutiert.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt Herr Lühr den Tagesordnungspunkt.

TOP 6 Relevante Änderungen für den Landkreis Wolfenbüttel und die Gemeinden aus der Klimaschutzgesetzgebung; hier: Bericht der Verwaltung

Herr Lühr ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Herrn Volkers.

Herr Volkers stellt die relevanten Änderungen für den Landkreis Wolfenbüttel und die Gemeinden aus der Klimaschutzgesetzgebung anhand einer Präsentation vor.

Anmerkung der Verwaltung:
Die Präsentation ist als Anlage 2 beigefügt.

Herr Lühr bedankt sich bei Herrn Volkers und eröffnet die Aussprache.

Herr Bosse möchte wissen, warum die Förderung durch den Landkreis geringer ausfalle als durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Frau Steinbrügge und Herr Volkers führen zu diesem Thema aus, dass die höchstmögliche Fördersumme des Landkreises 3.000 € betrage. Der KfW ständen höhere Mittel für die Förderung zur Verfügung.

Herr Bosse fragt darüber hinaus nach einem Sachstand bezüglich der Trassenkorridore im Bereich des Landkreises Wolfenbüttel für die 380-kV-Leitung Mehrum-Wolmirstedt.

Herr Volkers antwortet, dass es keinen neuen Sachstand gebe. Die Trassenkorridore seien bereits mitgeteilt worden, allerdings sei noch nicht bekannt, welche planerisch weiter verfolgt und konkretisiert werden würden.

Herr Nagel fragt zu möglichen Flächen für Flächenphotovoltaikanlagen, ob die Auswahl nach der Güte der jeweiligen Fläche erfolgt sei.

Herr Volkers erläutert, man plane, die Fachlayer der Regionalplanung zu verwenden, die der Regionalverband Großraum Braunschweig in Anlehnung an die Arbeitshilfe der kommunalen Spitzenverbände bereitgestellt habe, um Flächen zu finden, die für die Errichtung von Flächenphotovoltaikanlagen besonders geeignet seien. Er erläutert das geplante Verfahren und teilt mit, dass es sich hier um eine informelle Planung handeln würde, um ein einheitliches Vorgehen für den Landkreis Wolfenbüttel bzw. das nördliche Harzvorland zu ermöglichen. Dieser Ansatz werde von den Hauptverwaltungsbeamten so auch unterstützt.

Herr Nagel schlägt für die Besetzung der neu zu schaffenden Personalstellen für den Klimaschutz die Zusammenarbeit mit der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften vor.

Herr Volkers bedankt sich für den Vorschlag, merkt aber an, dass es bereits Gespräche gebe, es aufgrund der Vielzahl der neu zu schaffenden Stellen bei den diversen Behörden aber schwierig werde, geeignete Bewerber zu finden.

Herr Pröttel erkundigt sich nach den Aufgabenbereichen der geplanten zusätzlichen Personalstellen.

Herr Volkers erklärt, dass er diesbezüglich bei Tagesordnungspunkt 8 – Haushaltssatzung für den Landkreis Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2023 - entsprechende Ausführungen machen werden würde.

Herr Kamphenkel möchte zu dem Thema der Verpflichtung zur Ausstattung von Neubauten mit Photovoltaikanlagen wissen, wie öffentliche Gebäude einzuordnen seien.

Herr Volkers antwortet, dass er diese Gebäude nach seinem jetzigen Kenntnisstand als nicht gewerblich und nicht zu Wohnzwecken genutzte Gebäude einordnen würde.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, schließt Herr Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 7 **Bereitstellung von Mitteln für einen Kofinanzierungspool der zukünftigen LEADER-Region Elm-Schunter** **Vorlage: XIX-0213/2022**

Herr Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Volkers.

Herr Volkers stellt die Vorlage vor.

Herr Löhr bedankt sich bei Herrn Volkers und eröffnet die Aussprache.

Herr Pröttel merkt an, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde. Dies stelle aber keine inhaltliche Ablehnung dar. Er enthalte sich nur, da hier ein haushaltsrelevantes Thema berührt werde, das noch nicht abschließend in seiner Fraktion beraten worden sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft empfiehlt einstimmig mit 2 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landkreis Wolfenbüttel beteiligt sich am Kofinanzierungspool der zukünftigen LEADER-Region „Elm-Schunter“ im Jahr 2023 sowie den Folgejahren bis 2029 mit einem Betrag im Höhe von jährlich 23.441 Euro.

Die Beteiligung steht unter dem Vorbehalt, dass alle Samt- bzw. Einheitsgemeinden dieser LEADER-Region und der Landkreis Helmstedt sich mit demselben Schlüssel in Höhe von 1 Euro/Einwohner*in anteilig an der Finanzierung dieses Pools beteiligen und dass zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften eine entsprechende Kooperationsvereinbarung abgeschlossen wird.

TOP 8 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2023 (Die Vorlage wird mit der Einladung für den Jugendhilfeausschuss übersandt - hier als Anlage: Teilhaushalte 60 und 64); hier: Hinweise zu den Teilhaushalten 60 und 64 Vorlage: XIX-0204/2022

Herr Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Herrn Volkers.

Herr Volkers stellt die Vorlage für die Bereiche der Teilhaushalte 60 und 64 anhand einer Präsentation vor.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Präsentation ist als **Anlage 3** beigefügt.

Herr Löhr bedankt sich bei Herrn Volkers für die Ausführungen und schlägt vor, die Vorlage mit den gerade erhaltenen Informationen zur Beratung in die Fraktionen zurückzuverweisen. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Ohne eine weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage XIX-0204/2022 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 9 Vorstellung des Hochwasser-Warnsystems; hier: Bericht der Verwaltung

Herr Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Frau Eß.

Frau Eß stellt das Hochwasser-Warnsystem anhand einer Präsentation vor.

Anmerkung der Verwaltung:
Die Präsentation ist als **Anlage 4** beigefügt.

Herr Löhr bedankt sich bei Frau Eß und eröffnet die Aussprache.

Herr Bosse stellt diverse Nachfragen zur Reihenfolge der Warnungen. Frau Eß macht dazu noch ergänzende Ausführungen.

Weiter möchte er wissen wo sich, vom Harz aus gesehen, der erste Pegel befindet. Frau Eß erläutert, dass dies der Pegel in Vienenburg sei.

Auf die ergänzende Frage von Herrn Bosse, ob auch Daten der Talsperren und des Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) vorliegen würden, erwidert Frau Eß, dass diese Daten des NLWKN bereits mitberücksichtigt werden würden und die Einbindung der Abflusswerte der Talsperren geplant sei.

Frau Grabenhorst-Quidde fragt, ob die Warnmeldungen an die Feuerwehr oder an die Bürger vor Ort erfolgen würden.

Frau Eß teilt mit, dass eine Warnung derzeit an die Feuerwehr erfolgen würde. Das System befinde sich noch in der Probephase und es habe seit Einführung noch keinen Ernstfall gegeben.

Herr Kamphenkel erkundigt sich nach einer Möglichkeit, die Pegelstände der Öffentlichkeit direkt zur Verfügung zu stellen.

Frau Eß erwidert, dass dies aus technischen Gründen derzeit nicht möglich sei. Sie führt aus, dass es 2 verschiedene Ebenen gebe, zum einen das Messdatenmanagement und zum anderen die Kartendarstellung. Darüber hinaus solle das System im Ernstfall erst einmal geprüft werden, bevor eine Freischaltung für die Bevölkerung weiter verfolgt werden würde.

Darüber hinaus fragt er, ob die Daten auch an Nachbarkommunen weitergegeben werden würden, damit diese auch von dort genutzt werden könnten.

Frau Eß erklärt, dass es im Interesse des Landkreises und des beauftragten projektbegleitenden Ingenieurbüros HGN Beratungsgesellschaft mbH (HGN) sei, dass sich Nachbarkommunen mit anschließen. Es gebe auch bereits Interessenten, z. B. Braunschweig und Goslar.

Herr Ganzauer möchte die kürzeste und die längste Vorlaufzeit nach erfolgter Warnung wissen.

Frau Eß erläutert, dass dies ortsbezogen sehr unterschiedlich sei. Am Beispiel der Oker führt sie aus, dass die Stadt Wolfenbüttel eine Vorlaufzeit von bis zu 6 Stunden habe, dass aber in anderen Bereichen eine deutlich geringere Vorlaufzeit gegeben sei.

Ergänzend erkundigt er sich in Bezug auf Starkregenereignisse, ob es für den Landkreis Wolfenbüttel eine Auswertung gebe, in welchen Bereichen die Gefahr bestehe, dass erhebliche Schäden entstehen könnten.

Frau Eß teilt mit, dass es Dienstleister gebe, die Radardaten auswerten würden und diese Daten zur Verfügung stellen würden. Parallel dazu gebe es im Rahmen der Starkregenvorsorge die Möglichkeit einer Aufnahme der Ereignisse in entsprechende Karten. Mit diesen Komponenten könnte eine Starkregenanalyse erfolgen. Die Anlage und Finanzierung der Gefahrenkarten sei eine Aufgabe der Kommunen.

Herr Volkers gibt hierzu noch den Hinweis, dass es mit dem Projekt Zukunftsregionen seitens des Landes Niedersachsen ein neues Förderinstrument gebe. Der Regionalverband Großraum Braunschweig habe das Projektmanagement für das gesamte Zweckverbandsgebiet, bei dem eins der drei Leitprojekte das Thema Flächen- und Wassermanagement sei, behandelt.

Herr Nölcke möchte wissen, wer sich um das Einpflegen und die Weitergabe der Wetterdaten kümmere.

Frau Eß führt aus, dass es bei der Unteren Wasserbehörde einen Hochwasserlageplan gebe, in dem lediglich die Meldepegel des NLWKN definiert seien. Diese und die Wetterdaten könnten seitens der Kommunen z. B. durch die Feuerwehre abgerufen werden. Da dies aber in der Zuständigkeit der Kommunen liege, kenne sie nicht den genauen Ablauf.

Herr Weitemeier fragt, wer welche Rechte an dem System und an den Pegeln habe und welche Möglichkeiten es gebe, die Daten Open Source zur Verfügung zu stellen.

Frau Eß erläutert, dass es zum einen landkreiseigene Pegel gebe und zum anderen das Messdatensystem, das von HGN entwickelt worden sei. Über die eigenen Pegel könne man frei verfügen, inwieweit die Veröffentlichung Open Source rechtlich und technisch umsetzbar sei, könne noch geklärt werden.

Frau Steinbrügge ergänzt, dass der Landkreis Wolfenbüttel einen Auftrag vergeben habe und dass HGN dann zusammen mit dem Landkreis Wolfenbüttel das bestehende System entwickelt habe. Daher sei die Frage der Veröffentlichung dieser Daten Open Source mit dem Büro zu klären.

Herr Graf merkt an, dass er bezweifele, dass die Warnung im Falle eines Starkregenereignisses wirklich funktioniere.

Frau Eß gibt ihm Recht. Die Starkregengefahrenkarte würde dazu dienen, die Anwohner über die mögliche Gefahr ähnlich wie bei den ausgewiesenen Überschwemmungsgebieten in Kenntnis zu setzen.

Herr Löhr erkundigt sich danach, ob die Kommunen darüber informiert seien, dass sie direkt an das Büro herantreten könnten, um eigene Daten erfassen zu lassen bzw. zu erhalten.

Frau Steinbrügge bestätigt, dass dies im Kreise der Hauptverwaltungsbeamten kommuniziert worden sei.

Frau Eß ergänzt, dass im letzten Jahr eine Förderrichtlinie Hochwasserschutz erstellt worden sei, die eine entsprechende finanzielle Unterstützung ermögliche, dass aber bisher noch keine Förderanträge vorliegen würden.

Auf Nachfrage von Herrn Kamphenkel erläutert Frau Eß, dass bei Bedarf die Kommunen auf eigene Kosten weiterer Pegel einrichten könnten und dass diese in das System mit integriert werden könnten. Es bestehe ein Wartungsvertrag mit HGN. Die laufenden Kosten hierfür trage der Landkreis Wolfenbüttel.

Weiterhin teilt Frau Eß auf Anfrage von Herrn Ganzauer mit, dass das Einrichten eines Pegels ca. 10.000 € kosten würde.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, schließt Herr Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 10 Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II; hier: Bericht der Verwaltung

Herr Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Steinbrügge.

Frau Steinbrügge berichtet, dass in den letzten Wochen diverse Gespräche mit Ministerien und Bundes- und Landtagsabgeordneten stattgefunden hätten. Es seien noch einmal die Erwartungen deutlich gemacht worden in Bezug auf den Standortvergleich für das Zwischenlager auch im Sinne der diesbezüglichen Kreistagsresolution. Die unterschiedlichen Positionen hätten sich aber nicht wirklich verändert.

Darüber hinaus hätten zwei Workshops der Asse-2-Begleitgruppe (A2B) stattgefunden, zum einen zur Zukunft des Begleitprozesses und zum anderen bezüglich der künftigen Verhandlungsstrategie. Im Dezember finde noch ein weiterer Workshop statt. Für Januar sei eine politische Runde zum Abschluss des Beleuchtungsprozesses geplant.

Weiter weist sie auf nachfolgend aufgeführte Passage im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung hin, aus der sich schließen lässt, dass die Landesregierung die Standpunkte der A2B und der Region teile:

„Wir setzen uns dafür ein, dass das havarierte Bergwerk Asse 2 schnellstmöglich stabilisiert wird und die atomaren Abfälle zurückgeholt werden. Die Neustrukturierung des Begleitprozesses ist eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen der Rückholung und die Akzeptanz in der Region. Wir setzen uns weiter für eine konstruktive und schnelle Lösung der Zwischenlagerstandortfrage mit Alternativenprüfung auf Grundlage der Ergebnisse der Beleuchtungskommission ein und fordern im Bund die Berücksichtigung der Interessen der Region ein. Innerhalb der Landesregierung soll weiterhin der Gesamtkoordinator Ansprechpartner für die das Vorhaben begleitenden Kommunen und die Gesellschaft vor Ort sein.“

Frau Steinbrügge informiert weiter, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung mit einer Veranstaltung in der Eulenspiegelhalle in Schöppenstedt gestartet habe, in der es nur um das „wie“ und nicht um das „ob“ gegangen sei, und somit ihrem eigenen Konzept folge.

Die BGE ignoriere weiter die Argumente aus der Region in Bezug auf die Standortfrage des Zwischenlagers. Sie führe lediglich technische Aspekte an, berücksichtige aber keine ethischen Gesichtspunkte.

Weiterhin habe die BGE mitgeteilt, dass geplant sei, für die Dauer der Rückholung die Kreisstraße 531 zwischen Groß Vahlberg und Remlingen zu unterbrechen. Die entsprechenden Unterlagen seien ergänzt und an das Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig (ArL-BS) gegeben worden.

Herr Volkens ergänzt, dass diese Unterlagen im Rahmen des laufenden Verfahrens an den Landkreis Wolfenbüttel zur Stellungnahme weitergeleitet worden seien.

Er erläutert in diesem Zusammenhang zunächst einzelne Aspekte der Planungen und teilt mit, dass man den Argumenten der BGE in verschiedenen Punkten nicht folgen könne. Derzeit werde eine kritische Stellungnahme des Landkreises Wolfenbüttel unter Hinzuziehung einer juristischen Beratung vorbereitet.

Frau Steinbrügge führt weiter aus, dass man verwundert sei, dass keine weitere Antragskonferenz zu diesem Thema geplant sei und anstelle dessen das Verfahren lediglich auf dem schriftlichen Weg durchgeführt werde.

Herr Löhr bedankt sich bei Frau Steinbrügge und Herrn Volkers und bittet um Wortmeldungen.

Auf die gemachten Hinweise von Frau Stuhlweißenburg-Siemens, Herrn Nagel und Herrn Kamphenkel zu dem Umfang der geplanten Maßnahme und ggf. bestehenden Alternativrouten, erläutern Frau Steinbrügge und Herr Volkers, dass man sich kritisch mit den eingereichten Antragsunterlagen auseinandersetzen werden würde.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, schließt Herr Löhr den Tagesordnungspunkt.

**TOP 11 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit
Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)**

Herr Löhr ruft den Tagesordnungspunkt.

Da keine Themen bestehen, schließt Herr Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 12 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Herr Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um Wortmeldungen.

Da keine Fragen gestellt werden, schließt Herr Löhr den Tagesordnungspunkt.

Er bedankt sich bei den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit und schließt um 20:49 Uhr die Sitzung.

gez. Maier

Susanne Maier
(Protokollführerin)



Sven Volkers
(Dezernent)

gez. Löhr

Norbert Löhr
(Vorsitzender)

Anlagen:

- Anlage 1: Stand der WEA-Genehmigungen am 22.11.2022
- Anlage 2: Präsentation Klimaschutzgesetzgebung
- Anlage 3: Präsentation Teilhaushalte 60 und 64 für das Jahr 2023
- Anlage 4: Präsentation Hochwasserwarnsystem des Landkreises Wolfenbüttel